56. Jahrgang. № 340.

Dresdner Nachrichten

Freitag, 8. Dezember 1911.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

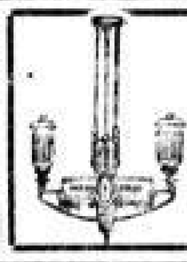
Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Feinschmecker in Zigaretten bevorzugen stets
In eleganten :: :: Emaille-Blechdosen. PALL-MALL Von 3 Pfg. aufwärts. :: Nur an Wiederverkäufer. Fabrik „Sultan", Breslau II.

7 PRAGER STRASSE 7
BERNHARD SCHÄFER
INH. H. SCHÄFER KÖNIGL. HOFLIEFERANT
MODERNER SCHMUCK IN REICHSTER AUSWAHL.

Cornpflaster zur gründlichen Beseitigung der
Hühneraugen und Hornhaut
50 Pfennig. Versand nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.


Weihnachten!
Neuheiten, Neuheiten, Neuheiten in
Beleuchtungsgegenständen
Ebeling & Croener, Bankstr. 11.

Lederwaren. Reise-Artikel.
Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.
Adolf Näter, Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Teils heiter, teils neblig.

Der Entwurf zum neuen Gemeindeeinkommensteuergesetz gelangte gestern in der Kammer zur Verteilung.

Am Moselberge bei Zwickau trug sich ein schwerer Automobilunfall zu, bei dem eine Person getötet und zwei schwer verletzt wurden.

Die Zweite badische Kammer nahm den Gesetzentwurf betreffend die Einführung einer Staatslotterie in Baden an.

Der französische Kriegsminister plant eine durchgreifende Reorganisation der französischen Armee.

Den aktiven französischen Offizieren wird verboten werden, ohne ausdrückliche Genehmigung des Kriegsministers etwas zu veröffentlichen oder sich schriftstellerisch zu betätigen.

Das englische Königspaar ist in Delhi eingetroffen.

Ein großer Augenblick in der internationalen Politik

darf mit Fug und Recht die Stunde genannt werden, in der in Stambul die Petersburger Note mit der Forderung der freien Durchfahrt der russischen Schwarzen-Meer-Flotte durch den Bosporus und die Dardanellen überreicht worden ist. Als groß verdient dieser Moment deshalb bewertet zu werden, weil er den ersten Schritt einer hochpolitischen Aktion darstellt, deren Durchführung eine einschneidende Veränderung der Machtverhältnisse im Mittelmeere im Gefolge haben muß. Das von Rußland an die Pforte gestellte Verlangen steht im Widerspruch mit den verschiedenen Verträgen, die in der grundsätzlichen Schließung der Meerengen für die Kriegsschiffe aller Mächte gipfeln. Dieses Verbot ist durch drei internationale Vereinbarungen festgelegt worden, nämlich im Londoner Vertrage von 1841, im Pariser Vertrage von 1856, und zuletzt in der Berliner Kongreßakte von 1878; das Recht, Ausnahmen zu gestatten, steht nur dem Sultan zu. Die Bestimmungen über die Neutralisierung der Meerengen, durch die Rußland mit seiner Flotte im Schwarzen Meere wie in einer Mausefalle festgehalten wird, sind auf Betreiben Englands und Frankreichs eingeführt worden, und die genannten beiden Mächte haben früher eifersüchtig über die strenge Aufrechterhaltung der Vorschriften gewacht. Namentlich für die englische Politik bildete die Meerengenfrage stets einen der empfindlichsten Punkte: so daß schon der leiseste russische Versuch, die Neutralität der Wasserstraßen zu verletzen, in London die höchste Gereiztheit auslöste und oftmals die politische Atmosphäre Europas mit schwülem Gewitterstoff erfüllte.

Lagen die internationalen Verhältnisse noch wie ehemals, als England und Frankreich sich um die Vorherrschaft im Mittelmeer stritten und jede der beiden Mächte in Rußland einen durch die vertragsmäßige Sperre der Meerengen in willkommener Weise gefesselten Gegner erblickte, so müßte die Petersburger Diplomatie sich auf den heftigsten Widerstand in Paris und London bei ihrem jetzigen Vorgehen gefaßt machen. Daß Rußland durch seine folgenschwere Entschließung die Machtstellung Englands und Frankreichs im Mittelmeere ernstlich bedroht, kann um so weniger zweifelhaft sein, als die Petersburger Forderung ausdrücklich dahin lautet, daß die freie Durchfahrt nur für die russische Schwarze-Meer-Flotte gelten soll, während den Kriegsflotten der übrigen Mächte der Zugang zu den Meerengen auch fernerhin verwehrt bleibt. Das natürliche Interesse Englands und Frankreichs würde also beiden Mächten eine entschiedene Stellungnahme gegen die russische Forderung gebieten. Bekanntermaßen werden aber bei den Staatsmännern an der Themse und der Seine die unmittelbaren realpolitischen Erwägungen mehr und mehr durch die zunehmende Vogesen- und Nordseehypnose in den Hintergrund gedrängt, eine psychologische Erscheinung, die auch in dem vorliegenden Falle zu beobachten ist. Bekäme Herr Sassonow jetzt in Paris und London gleichermaßen einen Korb, so wäre es mit der Entente zwischen Rußland und Großbritannien Matthäi am Letzten, und auch das russisch-französische Bündnis bekäme einen Stoß ins Herz, von dem es sich nicht so leicht wieder erholen könnte. Rußland muß aber um jeden Preis an der Seite der Westmächte gehalten werden, weil es in deren deutschfeindlichen Plänen und Absichten eine wesentliche Rolle spielt. Dieser Gesichtspunkt ist es, der hier den Ausschlag gibt. Herr Sassonow, dessen Pariser Reise, wie jetzt ganz offen zugegeben wird, der Regelung der Dardanellenfrage im Sinne der russischen Wünsche gilt, dürfte aller Voraussicht nach besseren Erfolg haben als sein weniger glücklicher Vorgänger Iswolski, der sich in London eine Absage holte, als er zur Kompensation für die Angliederung Bosniens und der Herzegowina an Oesterreich schon damals die Aufhebung der Meerengenklausel forderte. Heute spricht die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß England, das für die Schmiedung eines festen gegen Deutschland gerichteten Ringes schon so vieles hingegeben hat, auch nach dieser Seite hin ein gewaltiges Opfer bringen wird, um seine deutschfeindlichen Zirkel nicht stören zu lassen. Die Pariser Regierung hat, wie neuerdings selbstverständlich, in einer solchen entscheidenden Frage keine eigene Meinung, sondern schielt beflissen nach London hinüber, um das von dort zu gebende Stichwort abzuwarten. In Stambuler Regierungskreisen rechnet man denn auch bereits mit dem Abschlusse eines geheimen, den russischen Forderungen gefügigen Abkommens.

England, Frankreich und Rußland bilden aber noch nicht die Gesamtheit der an der Meerengenfrage beteiligten Signatarmächte; es gehören auch noch Oesterreich und — zuletzt, nicht am wenigsten — die Türkei dazu. Wenn die Pforte veranlaßt werden soll, dem Zarenreiche ein Zugeständnis von so außerordentlicher Tragweite zu machen, so wirft sich unwillkürlich die Frage auf, welchen entsprechenden Gegenwert Rußland als Kompensation zu bieten gewillt sein könnte. Es wird behauptet, daß die Türkei für die Bewilligung der Oeffnung der Dardanellen die russische Garantie ihres tripolitanischen Besitzstandes verlangt habe, und daß Rußland darauf eingegangen sei. Ob sich diese Nachricht bestätigt, muß abgewartet werden. Jedenfalls ist nicht anzunehmen, daß Rußland eine so weitgehende Forderung an die Pforte gestellt hat, ohne gleichzeitig seine Bereitwilligkeit zu einer angemessenen Gegenleistung zu erkennen zu geben und irgendwelche dahinzielenden Vorschläge zu machen. In Wien wird der russische Schritt begreiflicherweise sehr unangenehm empfunden. Man befürchtet in dortigen diplomatischen Kreisen, daß Rußland sofort nach der Oeffnung der Meerengen mit der Errichtung von Flottenstationen im Aegäischen Meere vorgehen und mit Griechenland eine Militärkonvention abschließen wird, wodurch es dann die herrschende Stellung im östlichen Mittelmeere erlangen würde, die es vergebens im Friedensvertrage von San Stefano 1878 durch die Gründung eines Großbulgariens zu verwirklichen suchte, das bis ans Aegäische Meer reichen sollte und als spezifisch russische Balkanprovinz gedacht war. Daß die habsburgische Monarchie einer so grundstürzenden Umwälzung in dem Gleichgewicht der Kräfte im Mittelmeer zum eigenen Nachteile nicht ruhig zusehen kann, ist ohne weiteres klar. Deshalb erscheint auch die Meldung sehr glaubhaft, daß der österreichische Botschafter am Goldenen Horn Anweisung erhalten habe, kein Mittel unversucht zu lassen, um die drohende schwere Schädigung der österreichisch-ungarischen Mittelmeer-Interessen hintanzuhalten.

Deutschland ist zwar mit keinem unmittelbaren Interesse an der Frage beteiligt, sieht sich indessen durch den sich dabei ergebenden Widerstreit zwischen Oesterreich, Rußland und der Türkei in eine fatale Lage versetzt. Bisher hat die deutsche Politik stets das russische nationale Bedürfnis nach Befreiung aus der unnatürlichen Klemme im Schwarzen Meere unumwunden anerkannt und die Petersburger Bemühungen nach dieser Richtung gegen England unterstützt. In dieser grundsätzlichen Auffassung kann auch angesichts der gegenwärtigen Lage kein Wandel eintreten. Immerhin wird auf unserer Seite die größtmögliche Zurückhaltung und das Aufgebot unserer ganzen diplomatischen Geschicklichkeit in der Angelegenheit heute dringend geboten sein. Nicht nur die Tatsache, daß in Paris und London die gegen uns gerichtete Schwenkung zugunsten der russischen Ansprüche eingetreten ist, sondern auch die Rücksicht auf unseren österreichischen Bundesgenossen und auf den uns ebenfalls befreundeten Sultan mahnen uns zu einer Haltung, die vorsichtig Schritt für Schritt abwägt, nichts überstürzt und die Hände frei behält gegenüber allen Konflikten, die sich aus der Aufrollung der Dardanellenfrage im Verfolg des tripolitanischen Abenteuers Italiens ergeben können.

•

Aus Konstantinopel wird zu der Angelegenheit weiter gemeldet:

Die Zeitung „Saba", die seit einiger Zeit von Said Pascha inspiriert wird, will erfahren haben, daß der von Rußland getane Schritt nicht die Grenzen eines geäußerten Wunsches nach mündlichem Meinungsaustausche überschreitet. Die russische Regierung erklärt, die Pforte werde keinen Schaden erleiden, wenn Kriegsschiffe vom Schwarzen Meer nach dem Mittelmeer und dem äußersten Osten durch die Meerenge führen. Rußland habe freie Durchfahrt nur in Friedenszeiten für die auf den Werften des Schwarzen Meeres erbauten Schiffe verlangt. Die Ermächtigung zur Durchfahrt werde sich jedesmal nur auf ein Schiff beziehen. Außerdem sei Rußland bereit, während der Durchfahrt jegliche Garantie zu leisten. Die Pforte habe erwidert, daß die Schließung der Dardanellen auf von allen Mächten unterzeichneten Verträgen basire. Eine Aenderung der Bestimmungen der Verträge würde Schwierigkeiten verursachen. Die Pforte erachtet den gegenwärtigen Augenblick als ungeeignet für solche Verhandlungen. „Saba" glaubt, daß die Verhandlungen nicht weitergehen, sondern bis zur Behebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten aufgeschoben werden. Einige Blätter veröffentlichen ein anscheinend von der russischen Botschaft stammendes Dementi, worin die russische Regierung erklärt, sie habe der Pforte keinerlei Mitteilungen über die freie Durchfahrt gemacht.

Neueste Drahtmeldungen

vom 7. Dezember.

Die deutsch-englischen Bündnisangebote.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Deutsche Tagesztg." schreibt: In der deutschen Presse ist im Anschluß an die Marokko-Debatte die Behauptung aufgetaucht, daß Fürst Bülow 1899 den Engländern ein Bündnis angeboten habe, worauf englischerseits auch zum Teil eine zustimmende Antwort erfolgt sei. Als später aber Chamberlain auf diese Angelegenheit zurückgekommen sei, habe Bülow es abgelehnt, seine eigene ursprüngliche Anregung weiterzuverfolgen. Mit Recht wird in einigen deutschen Blättern betont, daß diese Darstellung nicht zutreffend sei. Allerdings habe Bülow damals eine ausgesprochen englischfreundliche Politik getrieben. Das zeigte nicht nur der Delagoavertrag, aus dessen Erlösung vielleicht noch unsere Enkel vergeblich warten werden, sondern auch die seit 1908 unzweifelhaft festgestellte Tatsache, daß Deutschland den Vorschlag Rußlands und Frankreichs, während des Burenkrieges zu intervenieren, abgelehnt habe. Bekanntlich ist dieser Vorschlag sogar der englischen Regierung mitgeteilt worden, was natürlich auf eine große Intimität zwischen Berlin und London schließen läßt. Ein deutsches Bündnisangebot aber ist damals nicht erfolgt und Bülow hat beispielsweise auch abgelehnt, den Jangtse-Vertrag auf die Mandschurei auszudehnen, wie England es wünschte. Man kann es vielleicht als eine Schwäche der Bülowschen Politik zeihen, daß sie nie den Entschluß fand, die deutsche Macht so oder so in die Wagschale zu werfen. Der Erfolg der Aenderung dieser bis Herbst 1908 beibehaltenen Politik spricht wenigstens dafür, daß wir bei größerer Entschlossenheit auch schon früher besseren Erfolg hätten erzielen können. Aber man muß es als feststehend betrachten, daß Bülow ein Bündnis mit England nicht vorgeschlagen habe; dagegen wurde schon früher wiederholt berichtet, daß Chamberlain allerdings dem Fürsten Bülow Bündnisangebote gemacht habe. Wie es heißt, sollen diese Angebote Deutschland auch territoriale Vorteile in Aussicht gestellt haben, und zwar zuletzt auf Kosten Oesterreich-Ungarns, das England damals als kranken Mann ansah, dem einige Amputationen nichts schaden könnten. Deutschland hat derartige Anerbietungen, deren Kern natürlich war, daß das Deutsche Reich der Festlandsdegen Englands sein sollte, mit vollstem Recht abgelehnt und es wird auch zutreffen, daß Oesterreichs später wiederholt bewiesene Vertragstreue von der Kenntnis jener wohlwollenden britischen Teilungsabsichten nicht ganz unbeeinflußt geblieben ist. Alles in allem kann man gewiß zweifelhaft sein, ob Deutschlands Haltung in allen hier angedeuteten Fällen richtig war. Aber was unsere Stellung zu England anlangt, so wäre es nur verhängnisvoll gewesen, wenn Deutschland noch freundlicher und vertrauensvoller gegenüber dieser Macht gewesen wäre, als es ohnehin zeitweilig der Fall war.

Frankreich — Spanien — Großbritannien.

London. Unterhaus. Der Abgeordnete Dillon, irischer Nationalist, fragte Sir Edward Grey, ob Großbritannien ersucht worden sei, Frankreich in seinen Verhandlungen mit Spanien zu unterstützen, die den Zweck hätten, Spanien zum Aufgeben aller Rechte in Marokko zu bewegen, die ihm durch den Geheimvertrag von 1904 oder irgendeinen anderen Vertrag mit Großbritannien garantiert worden seien, und wenn dies der Fall sei, was Großbritannien auf das Ersuchen geant-